

China – eine unsichere Weltmacht

Sven Bernhard Gareis



Sven Bernhard
Gareis

Die Olympischen Spiele 2008 werden eine Schau der Superlative: Die großartigen, zusammen mit führenden internationalen Büros geschaffenen Sportstätten setzen nicht nur architektonische Glanzlichter, sondern verbinden Spitzentechnologie mit den modernsten Standards im Umwelt- und Energiebereich. Eine perfekte Organisation mit zehntausenden professioneller und freiwilliger Helfer wird für einen reibungslosen Ablauf der Spiele sorgen. Hunderttausende Mitarbeiter in Restaurants, Hotels, Geschäften, Heerscharen von Taxifahrern und nicht zuletzt eine enthusiastische Bevölkerung werden sich bemühen, den Besuchern aus aller Welt Beijing als freundliche Gastgeberin zu präsentieren. Nicht zuletzt erhofft sich China von seinen Athleten einen Medaillenregen, der Chinas Bedeutung auch als Weltsportnation unterstreicht.

Auf kaum ein Ereignis hat sich China in den zurückliegenden Jahren so intensiv vorbereitet wie auf die Olympischen Spiele. Neben der vollständigen Neuschaffung einer riesigen olympischen Infrastruktur gehörten dazu skurrile volkspädagogische Erziehungskampagnen wie zum Unterlassen des berüchtigten Ausspuckens (*no spitting games*) oder zur Vermeidung von Unterhemden oder Schlafanzügen im Stra-

ßenbild ebenso wie massive Einschüchterungen von kritischen Geistern oder die rücksichtslose Entfernung von Bettlern und Obdachlosen von Beijings Plätzen und Gassen.

Chinas politische Führung wie auch der übergroße Teil der Bevölkerung sehen in diesen ersten Olympischen Spielen auf chinesischem Boden vor allem eine Anerkennung des tiefgreifenden Modernisierungsprozesses, der China binnen dreier Jahrzehnte aus der Position eines rückständigen Entwicklungslandes in die Spitzengruppe der Weltwirtschaft beförderte. Die Spiele sollen die Bühne für den glanzvollen Auftritt eines modernen, weltoffenen Landes bilden, das sich anschickt, eine der führenden Mächte in der Welt des 21. Jahrhunderts zu werden.

Doch spätestens seit der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes in Tibet im März 2008 zeichnen die internationalen Medien ein ganz anderes Bild von China: Ein autoritäres System unterdrückt seine nationalen Minderheiten, verletzt im großen Stil die Menschenrechte seiner Bürger, ist selbst zu moderaten politischen Reformen nicht bereit. Die Reise des olympischen Feuers rund um die Welt geriet zum Spießrutenlauf, wochenlang wurde über Boykotte diskutiert, das Ansehen Chi-

nas insbesondere in der westlichen Welt brach über Nacht geradezu ein.

Ein guter Teil dieser so spontan aufbrandenden Kritik erscheint indes wohlfeil, haben sich doch gerade viele westliche Regierungen immer wieder unter Hintanstellung menschenrechtlicher Erwägungen der Zusammenarbeit mit China versichert – sei es im ökonomischen Bereich, sei es als Partner im Kampf gegen den Terrorismus. Vor allem aber wird vielfach übersehen, dass sich China auch sieben Jahre nach dem Zuschlag für die Olympischen Spiele noch immer in einem tiefgreifenden politischen, ökonomischen und sozialen Transformationsprozess befindet, dessen erfolgreicher Ausgang keineswegs gewiss ist. In dieser Situation haben die Führer der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) um Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao längst erkannt, dass nicht nur die Legitimation ihres eigenen Herrschaftsanspruchs, sondern vielmehr auch der Fortbestand der politischen Ordnung des gesamten Landes von der Bewältigung einer ganzen Reihe gewaltiger Herausforderungen abhängt. Hinter der Demonstration von Stärke verbirgt sich eine mittlerweile auf vielen Feldern etablierte Weltmacht, die sich jedoch gerade ihrer innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Fundamente nicht sicher ist.

Krisenzeichen

Chinas politisches System verfügt über keinerlei Erfahrungen mit Demokratie-modellen westlicher Prägung. Vielmehr legitimiert sich politische Herrschaft in China traditionell über die Fähigkeit der Regierenden und ihres Apparates zur erfolgreichen Ausfüllung des ihnen übertragenen ‚himmlischen Mandats‘ (*tianming*). Durch die Jahrtausende hindurch war es die erste Aufgabe der chinesischen Kaiser als ‚Söhne des Him-

mels‘ (*tianzi*) für eine Ordnung des Staates zu sorgen, in der die sozialen Beziehungen zwischen den Menschen, aber auch das Verhältnis von Mensch und Natur, von irdischen und transzendenten Kräften in einer harmonischen Balance gehalten wurden. Das konfuzianische Staats- und Gesellschaftsmodell bindet die Ausübung von Macht durch den Herrscher auch an Verpflichtungen gegenüber den Beherrschten. Naturkatastrophen, Missernten, Hungersnöte, Zerfallerscheinungen an den Rändern des Reiches oder kriegerische Auseinandersetzungen galten stets als untrügliche Zeichen für das Scheitern der kaiserlichen Herrschaft an ihren Aufgaben und Verpflichtungen, was als Entzug des Mandats gedeutet wurde. Die Folge waren zumeist gewaltsame Veränderungen der politischen Ordnung, die ihren Ausdruck im Wechsel der Dynastien und schließlich 1911 im Niedergang des Kaiserreichs fanden – *geming* (Mandatsverlust) ist bis heute der chinesische Begriff für Revolution.

Fast ein Jahrhundert später schließt, wenngleich unter völlig veränderten politischen Vorzeichen und Rahmenbedingungen, die KPCh an diese traditionelle Begründung von politischer Macht an – und steht damit ebenfalls vor dem Erfordernis, ihre Herrschaft durch Erfolge zu legitimieren. Nach der massiven Beschädigung der kommunistischen Ideologie durch das Chaos und den Niedergang in der Mao-Ära verknüpften ab 1978 die Reformer um Deng Xiaoping den autoritativen Führungsanspruch der Partei mit dem Versprechen, durch umfassende Modernisierungen die Lebenschancen und Wohlfahrt der Bevölkerung zu verbessern (‚Es ist ehrenvoll, reich zu werden‘) und China wieder in eine zentrale Akteursrolle im internationalen System zu führen.

Rund dreißig Jahre später ist China tatsächlich eine Weltmacht, die dank ihrer ökonomischen Kraft und Devisenreserven in Höhe von bald 2 Billionen US-Dollar ihre Ziele und Ordnungsan-

sprüche im globalen Rahmen selbstbewusst vertritt, sei es hinsichtlich der Anerkennung der Ein-China-Politik, sei es bezüglich seiner Energie- und Rohstoffinteressen in Afrika, Zentralasien oder im Mittleren Osten, sei es zunehmend auch im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement von Nordkorea über den Iran bis nach Afrika.

Während also Chinas internationale Position weitgehend unbestritten sein dürfte, mehren sich im Inneren die Krisenzeichen. Die Unruhen in Tibet des Frühjahrs 2008 sind Ausdruck weitverbreiteter und tiefsitzender Unzufriedenheit einer ethnischen Minderheit, die ihre Religion, ihre Kultur und ihre Lebensperspektiven durch die wachsende Dominanz der Han-Chinesen gefährdet sieht. Unmut über die chinesische Politik gibt es auch in einem weiteren großen Landesteil, in Xinjiang, wo mit den Uiguren eine große, muslimisch geprägte Minderheit unter den Verdacht von religiösem Fundamentalismus und Separatismus gestellt wird. Zusammen mit der nach wie vor offenen, aber deutlich entspannteren Taiwan-Problematik sind die Entwicklungen in Tibet und Xinjiang seit langem die zentralen Motive der Angstträume von Zerfall und Niedergang des Reiches der Mitte – wogegen die chinesische Führung mit aller Macht und ohne allzu große Rücksichten auf ihr internationales Prestige vorgeht.

Innerhalb der chinesischen Gesellschaft zeigt sich zudem immer deutlicher, dass die politischen und sozialen Modernisierungen nicht mit dem atemberaubenden wirtschaftlichen Reformprozess Schritt halten. Die Folge ist eine dramatische soziale Spaltung, die durch eine seit Monaten galoppierende Inflation gerade im Nahrungsmittelbereich weiter vertieft wird. Dem rasant wachsendem Wohlstand für wenige steht die bittere Armut von fast 900 Millionen Menschen insbesondere in den ländlichen Regionen Zentral- und Westchinas gegenüber, wo zudem

durch rapide Umweltzerstörung der Lebensraum für die Bauern immer kleiner wird. Mehr als 150 Millionen Wanderarbeiter suchen daher ein besseres Leben in den boomenden Metropolen des Ostens, wo jedoch die meisten nur ihre ländliche Armut in eine städtische eintauschen.

Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft bereitet den fruchtbaren Boden für eine allort blühende Korruption. Wo eine aufstrebende Wirtschaft auf einen intransparenten, kaum einer öffentlichen Kontrolle unterliegenden staatlichen Machtapparat trifft, kommt es zu großvolumigen Unterschlagungen öffentlicher Gelder durch Kader, Vetternwirtschaft bei der Privatisierung staatlicher Unternehmen oder zur verbreiteten Annahme von Schmiergeldern und Vergünstigungen durch Beamte. Ein populärer Spottvers verdeutlicht das Dilemma der KPCh: *bu fan fubai wangguo, fan fubai wangdang* (Bekämpft man die Korruption nicht, geht der Staat unter, bekämpft man die Korruption, geht die Partei unter). Viel schwerer noch als die immensen ökonomischen Schäden wirkt der durch die Korruption bewirkte Vertrauensverlust in die Fähigkeit der KPCh, eine saubere Regierungsführung zu gewährleisten.

Es weist also vieles darauf hin, dass die Kommunistische Partei bereits in einer handfesten Glaubwürdigkeits- und Legitimationskrise steckt. Das verheerende Erdbeben vom 12. Mai 2008 erscheint denn auch vielen Chinesen, im Machtapparat wie auf den Straßen, als Omen für weitere dramatische Veränderungen. Bald nach dem Erdbeben von Tangshan mit fast 500.000 Toten ging am 9. September 1976 mit dem Tod Mao Zedongs die revolutionäre Ära der Volksrepublik zuende.

Kontrolle und Repression

Vor diesem Hintergrund mussten Hoffnungen, China werde sich mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele weiter öffnen und zu grundlegenden Reformen im politischen oder im Menschenrechtsbereich bereittfinden, von Beginn an als sehr optimistisch betrachtet werden. Zwar ist die Volksrepublik gegenüber dem Internationalen Olympischen Komitee einige Verpflichtungen, etwa zur Ermöglichung echter Live-Übertragungen, eingegangen und erlaubt z.B. den Druck ausländischer Zeitungen im Land.

Doch die Angst vor wirklicher Meinungs- und Pressefreiheit sitzt weiterhin tief in der politischen Führung Chinas. Gerade weil das Land keine Übung im Wettbewerb politischer Ideen und Konzepte hat, geht es in den Augen der Machthaber immer ums Ganze, werden Kritik und abweichende Meinungen tendenziell als existenzielle Bedrohungen der staatlichen Ordnung angesehen und bekämpft. Dass zuviel und zu rasch gewährte Freiheiten und Rechte direkt in Chaos und Zerfall führen, ist die feste und durch das Schreckensbild des Kollapses der Sowjetunion intensiv genährte Überzeugung der Staatsführung – und wohl auch einer beachtlichen Mehrheit in der Bevölkerung. ‚Wenn im Inneren Unordnung herrscht, kommen auch von außen Sorgen‘ (*neiluan waihuan*) lautet eine der Lehren, die China aus seiner langen Geschichte gezogen haben will. Im Festhalten an Zensur und Kontrolle sowie in einer schrittweisen Gewährung von Freiheits- und Partizipationsrechten besteht denn auch die eher evolutionäre Strategie, nach der China die politischen Dimensionen seines Transformationsprozesses gestalten will.

Mit tiefem Misstrauen und massiver Repression reagiert die Partei auf alle Ansätze alternativer politischer, religiöser oder kultureller Ideen, durch

welche sie ihr Macht- und Orientierungsmonopol gefährdet sieht. Dies gilt insbesondere, wenn wie im Falle Tibets oder Xinjiangs noch Ängste um separatistische Tendenzen hinzukommen. Aber auch politische Dissidenten, papstreue Katholiken oder Anhänger der Meditationssekte Falungong, die Dutzende Millionen Anhänger in China zu haben beansprucht, werden rigoros verfolgt und Tausenden oft über Jahre in Arbeits- und Umerziehungslagern (*laogai*) interniert.

Allerdings lassen gerade die Demonstrationen von Stärke und Macht die Zweifel am Erfolg des ‚Sozialismus chinesischer Prägung‘ in der chinesischen Gesellschaft immer lauter werden. Diese ist trotz effektiver Zensur der Medien und Kontrolle des Internets aufgeklärter und informierter als zu irgendeinem Zeitpunkt in der langen Geschichte Chinas – und beginnt, wie vor allem die Aktionen der Tibeter im Vorfeld der Olympischen Spiele aber auch die unzähligen Kommunikationsforen im Internet zeigen, die Möglichkeiten einer vernetzten Medienwelt verstärkt für ihre Anliegen zu nutzen. Auch sind die Menschen zusehends weniger gewillt, sich widerspruchslos in die oft willkürlichen Entscheidungen von Parteikadern zu fügen. In fast 100.000 größeren Demonstrationen und Unruhen pro Jahr fordert eine wachsende Zahl von Menschen die Berücksichtigung ihrer Rechte ein. Die chinesische Führung wird sich verstärkt darauf einstellen müssen, die politische Ordnung des Landes nicht gegen die Bevölkerung durchzusetzen, sondern diese mit ihr zusammen zu gestalten.

Nationalismus als zweischneidiges Schwert

Seit die KPCh in den 1980er und 1990er Jahren daran ging, den Weg in einen immer ungezügelteren Kapitalis-

mus zu bahnen, setzt sie wieder verstärkt auf das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl in einer Gesellschaft, der mit der Verabschiedung von einer entwerteten kommunistischen Ideologie kollektive Orientierungsmuster abrupt wegbrachen. Dabei ist Nationalismus (*minzuzhuyi*) kein neues Phänomen, sondern spielte seit dem 19. Jahrhundert eine bedeutende Rolle als Gegenbewegung zur Fremdherrschaft der mandschurischen Qing-Dynastie, vor allem aber als Antwort auf die Demütigungen eines Jahrhunderts der Schande (*bainianchiru*). In dessen Verlauf brachten nach dem ersten Opiumkrieg (1839-1842) auswärtige Mächte wie England, Frankreich, Japan, Russland und schließlich auch Deutschland wichtige Städte, Häfen und auch weite Gebiete Chinas unter ihre Kontrolle und zwangen China auf der Grundlage ‚ungleicher Verträge‘ in eine Art semikolonialer Unterwerfung, die im Zweiten Weltkrieg in entsetzliche Verheerungen durch die japanischen Streitkräfte mündete. Die KPCh hat die Gründung der Volksrepublik erfolgreich und wohl auch nicht zu Unrecht als Befreiung (*jiefang*) im kollektiven Bewusstsein der allermeisten Chinesen verankert und die Verteidigung der nationalen Souveränität gegenüber Einmischungen von außen zu einer zentralen Maxime ihrer Politik erhoben. Auch wenn nach fast sechzig Jahren die nationalistischen Rekurse auf eine schlimme Geschichte oft als politisch instrumentalisiert erscheinen mögen – die Erinnerung an die Traumata des Niedergangs einer Hochkultur ist in der chinesischen Gesellschaft weiterhin sehr wach und die Partei muss nationalistischen Strömungen zunehmend Rechnung tragen.

Daher betrachtet die politische Führung des Landes diesen sich allenthalben manifestierenden Nationalismus durchaus ambivalent. Einerseits ist er willkommen als Instrument zur Steigerung der gesellschaftlichen Kohäsion und damit zur Überdeckung der vielfäl-

tigen sozialen Gräben, die der rasante Modernisierungsprozess in den zurückliegenden drei Jahrzehnten aufgerissen hat. Wenn es ins politische Kalkül passt, werden Demonstrationen Zehntausender gegen tatsächliche oder vermeintliche Demütigungen Chinas wie die Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die USA im Kosovo-Krieg 1999, die historischen Verzerrungen in japanischen Schulbüchern oder jüngst die Proteste gegen die olympische Fackel in Paris durchaus unterstützt. Andererseits jedoch sieht die chinesische Führung, dass diese nationalistischen Ausbrüche für Verstimmungen mit strategischen Partnern wie eben Japan oder Frankreich sorgen, dass ihr eigener Handlungsspielraum etwa hinsichtlich einer pragmatischeren Politik gegenüber Taiwan aufgrund der von ihr selbst geschürten nationalen Emotionen stark eingeschränkt ist.

Vor allem aber fürchtet die KPCh, dass sich nationalistische Manifestationen zu Vehikeln der Kritik am politischen System der Volksrepublik selbst entwickeln könnten. Wie schnell derartige Entwicklungen außer Kontrolle geraten können, haben die Vorgänge gezeigt, die im Mai 1989 mit (gewünschten) Trauerkundgebungen für den verstorbenen Parteichef Hu Yaobang begannen und wenige Wochen später in die Tragödie des Tiananmen-Massakers führten. Auch wenn der sicher ansehnliche olympische Medaillenspiegel den chinesischen Nationalstolz noch einmal befeuern wird – die Entfesselung nationalistischer Gefühle als Legitimationersatz dürfte kaum zu den auf Dauer erfolversprechenden Instrumenten für die Gestaltung von Chinas weiterem politischen Kurs zählen.

Politische Reformen

Dass sie zur Überwindung ihrer Legitimationskrise zu anderen Strategien

wird greifen müssen, als zu Repression und Nationalismus, hat die Kommunistische Partei längst erkannt. Seit einer Reihe von Jahren steht daher die Hinwendung zu den bislang vernachlässigten gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere zur Landbevölkerung aber auch zu den städtischen Proletariaten ganz oben auf der Agenda ihrer Führung. Auf dem 16. Parteitag 2002 wurde das Ziel der Schaffung einer Gesellschaft von bescheidenem, aber einigermaßen gerecht verteilten Wohlstand (*xiaokang*) ausgerufen. Dazu soll bis 2020 das BIP Chinas – gemessen am Jahr 2000 – vervierfacht werden; auf dem 17. Parteitag im November 2007 sicherte Parteichef Hu Jintao gar die Vervierfachung des verfügbaren Pro-Kopf-Einkommens bis 2020 zu. Vor allem aber wird es um die Verbesserung der Lebensperspektiven jener fast 900 Millionen Menschen gehen, die bislang hinsichtlich Bildung, Arbeit und sozialer Absicherung vernachlässigt wurden. Angestrebt wird so die Schaffung einer harmonischen Gesellschaft auf der Grundlage des von Hu vorgelegten ‚wissenschaftlichen Entwicklungsmodells‘ (*kexue fazhan guan*), ein Programm, das ökonomisches Wachstum mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit verbinden soll.

Dass Hu in seinem Bericht vor dem 17. Parteitag nicht weniger als 61 mal den Begriff ‚Demokratie‘ (*minquan*) verwendete, ist von den chinesischen Medien intensiv und als Hinweis darauf kommuniziert worden, dass China auch weitere politische Reformen unternehmen wird. In der Praxis wird jedoch nichts anderes zu erwarten sein als die Fortschreibung der Herrschaft der KPCh als Partei für das ganze Volk (*quanmindang*). Der Prozess einer kontrollierten Erweiterung von Partizipationsrechten, der Verbesserung des rechtlichen Schutzes der Individuen und ihres Eigentums vor Willkür sowie der graduellen Verbesserung von Transparenz und Rechenschaftspflichtigkeit

wird weitergehen – auf diesem Wege ist in den zurückliegenden Jahren unter Hu Jintao in der Tat schon vieles verbessert worden. Ziel dieses Prozesses ist jedoch keinesfalls eine schrittweise Transformation Chinas in ein demokratisches Mehrparteiensystem, sondern die Hervorbringung einer Art ‚liberalen Autoritarismus‘, der sich über seine ökonomischen und sozialen Erfolge legitimiert und weithin akzeptiert wird.

Perspektiven

Vor knapp dreißig Jahren hat China aufgehört eine totalitäre Diktatur zu sein und mit seinen Reformen begonnen. Diese waren von Beginn an mit der Öffnung zur Welt, der Integration in Weltwirtschaft und Internationales System verbunden – und China hat viele der dort geltenden Regeln in sein politisches, ökonomisches und soziales System übernommen bzw. adaptiert. Die Olympischen Spiele 2008 wie auch die Weltausstellung in Shanghai im Jahr 2010 bilden Meilensteine in diesem Entwicklungsprozess: Chinas Leistungen werden gewürdigt, und das Land kann der Welt zeigen, welche Fortschritte es seit dem Ende der finsternen Mao-Zeit gemacht hat.

Andererseits wird auch China akzeptieren müssen, dass auf dem Weg zu einem stabilen, harmonischen Gemeinwesen noch zahlreiche Hindernisse zu überwinden sind. Es wird sich zeigen, ob der im Frühjahr 2008 begonnene Dialog mit dem Dalai Lama über den Status Tibets den Beginn eines neuen Umgangs mit den nationalen Minderheiten markiert. Auch wird abzuwarten sein, ob die Transparenz und Authentizität in der Berichterstattung über das Erdbeben in Sichuan dauerhafte Folgen für die chinesische Presse-, Medien- und Informationspolitik haben wird.

Die demokratischen Staaten sind gut beraten, China weiterhin selbstbe-

wusst aber nicht missionarisch bei der Umsetzung der politischen und rechtlichen Reformen zu unterstützen, ohne die Chinas ‚dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus‘ wohl zum Scheitern verurteilt ist. Gerade hieran kann aber in einer interdependenten Welt keine Macht und keine Region ein Interesse haben. Die Hauptlast der Veränderungen wird China selbst zu tragen haben. In den zurückliegenden drei Jahrzehnten haben sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in China als außerordentlich innovativ und flexibel erwiesen und viele düstere Prognosen widerlegt. Dies dürfte insgesamt für eine erfolgreiche Fortsetzung des Kurses der Volksrepublik sprechen. China hat also allen Grund selbstbewusst zu sein und im Umgang mit Kritik mehr Souveränität an den Tag zu legen. Gleichwohl wird China wohl noch einige Zeit eine Weltmacht mit Fragezeichen sein.

Verwendete und zur Vertiefung empfohlene Literatur:

- Chen, Guidi/Wu, Chuntao (2006): Will the Boat Sink the Water? The Life of China's Peasants. New York
- Fairbank, John K./Goldman, Merle (1998): China. A New History. Cambridge/Mass. London
- He Qinglian (2006): China in der Modernisierungsfalle. Hamburg
- Heilmann, Sebastian (²2006): Das politische System der Volksrepublik China. Wiesbaden
- Lampton, David M. (2001): The Making of Chinese Foreign and Security Policy in the Era of Reform. Stanford
- National Bureau of Statistics (2007): China Statistical Yearbook. Beijing
- Naughton Barry (2007): The Chinese Economy. Transitions and Growth. Cambridge/Mass. London: MIT Press
- Saich, Tony (²2004): Governance and Politics of China. Houndmills New York
- Seitz, Konrad (2006): China: Eine Weltmacht kehrt zurück. München
- Shirk, Susan (2007): China. Fragile Superpower. Oxford New York